

06/06
ZivilR

KV-Nr.: 3233

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus ³~~10~~ Blatt
und ist vollständig durchnummeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf
Vollständigkeit zu überprüfen.**

Rosemann & Rosemann
Rechtsanwälte und Notare



Anne-Ruth Rosemann
Rechtsanwältin und Notarin

Stefan Rosemann
Rechtsanwalt und Notar

Dr. Ingo Rosemann
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht

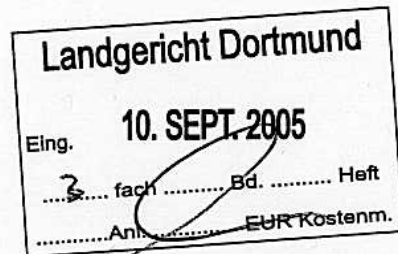
Dr. David Sommer
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht

Rechtsanwälte Rosemann pp. Postfach 2533 · 44157 Dortmund

Landgericht Dortmund

Kaiserstr. 35

44135 Dortmund



Unser Zeichen: IR 245/05 ce
Bei Antwort oder Zahlungen bitte angeben

Datum: 09.09.2005

K L A G E

der Sparbank Dortmund AG, gesetzl. vertreten durch den Vorstand Dr. Werner Krause
und Heinz Hagedorn, Saturnstr. 2, 44141 Dortmund,

Klägerin,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Rosemann pp.in Dortmund

g e g e n

die ASK GmbH, gesetzl. vertreten durch den Geschäftsführer Hans Bitter, Sonnenstrasse
3, 44126 Dortmund,

Beklagte.

Prinz-Friedrich-Karl-Str. 23 Tel. (0231) 2 71 89
44135 DORTMUND und 2 71 41
Fax (0 28 71) 28 34 81

Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99)
Kto.-Nr. 440 628

Deutsche Bank Dortmund
(BLZ 440 700 50)
Kto.-Nr. 32 078 342

Commerzbank Dortmund
(BLZ 440 400 37)
Kto.-Nr. 832 21 273

Bürozeiten: Mo.-Fr. 8.00 – 12.30 Uhr und 14.00 – 18.00 Uhr
Sprechzeiten nach Vereinbarung

Parkmöglichkeit am Haus

Unter Einzahlung des erforderlichen Gerichtskostenvorschusses nach einem Streitwert von 6.456,26 Euro erhebe ich namens und in Vollmacht der Klägerin gegen die Beklagte Klage und bitte um Anberaumung eines baldigen Termins, in dem ich beantragen werde,

die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin 6.456,26 Euro nebst Zinsen in Höhe von 8 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen.

Begründung:

Mit Pfändungs - und Überweisungsbeschluss vom 11.03.2005 pfändete die Beklagte wegen einer titulierten Forderung über 12.678,89 Euro nebst Zinsen und Kosten, die ihr gegenüber Herrn Klaus Kondler, Hammersteinstraße 67, 44139 Dortmund, zustand, den Anspruch des Herrn Kondler gegen die Klägerin auf Zahlung des gegenwärtigen Überschusses und aller künftigen Überschüsse (Guthaben), die Herrn Kondler bei Saldoziehung aus der in laufender Rechnung (Kontokorrent) bestehenden Geschäftsverbindung jeweils gebühren, und die Ansprüche aus dem jeweiligen Girovertrag auf fortlaufende Auszahlung des sich zwischen den Rechnungsabschlüssen ergebenden Tagesguthabens unter Einschluss des Rechts, über dieses Guthaben durch Überweisungsaufträge zu verfügen, sowie auf Gutschrift der eingehenden Beträge. Gleichzeitig ließ sich die Beklagte die genannten Forderungen zur Einziehung überweisen.

Der Pfändungs- und Überweisungsbeschluss wurde der Klägerin am 22.03.2005 zugestellt und die Beklagte forderte die Klägerin zur Abgabe der Drittschuldnererklärung auf. Diese erteilte die Klägerin mit Schreiben vom 25.03.2005 und überwies am 31.03.2005 einen Betrag von insgesamt 10.678,89 Euro auf das Konto der Beklagten. Es stellte sich dann allerdings heraus, dass im Zeitpunkt der Überweisung das Konto des Schuldners nur einen Guthabenbetrag von 4.222,63 Euro aufwies. Seitdem befindet sich das Konto im

Soll. Aufgrund eines betriebsinternen Missverständnisses hat die zuständige Sachbearbeiterin rechtsirrig den Schluss gezogen, das Guthaben des Schuldners betrage 10.678,89 Euro.

Daher forderte die Klägerin den überzahlten Betrag von 6.456,26 Euro mit Schreiben vom 05.04.2005 unter Fristsetzung zum 19.04.2005 von der Beklagten zurück.

Da die Beklagte eine Zahlung ablehnt, ist nunmehr Klage geboten.



Ingo Rosemann

Rechtsanwalt

13 O 1578/05

Vfg.

1. **Beschluss**

In pp. (kurzes Rubrum)

I. Früher erster Termin zur mündlichen Verhandlung ist am

Do., 24.11.2005, um 9:30 Uhr, Saal 101.

II. Der Beklagten wird eine Frist zur schriftlichen Klageerwidern von 2 Wochen ab Zustellung gesetzt, § 129 Abs. 2 ZPO.

2. **Laden**

a) Kläger bzw. Vertreter (ZP 9c) ./ ZU bzw. EB
mit beglaubigter Abschrift des Beschlusses zu Ziffer 1)

b) Beklagten bzw. Vertreter ./ ZU bzw. EB
mit beglaubigter Abschrift des Beschlusses zu Ziffer 1)

sowie mit Abschrift der Klage (ZP 9a) vom 09.09.2005

3. **Leseabschrift von Ziffer 1 und von Zusätzen bei Ziffer 2 für Akte**

4. **z.T.**

Landgericht
Dortmund, 14.09.2005

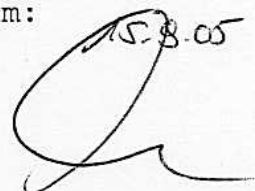

Dr. Kleewer

Vorsitzender Richter am Landgericht

Zur GS am: 14.9.05

Zu ...2,3... gef. am: 15.9.05

Ab am:

15.9.05


Blankenberg & Fuchs

Rechtsanwälte

5

An das

Landgericht Dortmund
Gerichtsstraße 2

44135 Dortmund

Gernot Blankenberg
Rechtsanwalt

Guido F. Fuchs
Rechtsanwalt

Hakenstr. 11
44139 Dortmund
Telefon 0231/ 571212
Telefax 0231/ 571213

Sprechstunde nach Vereinbarung



Dortmund, den 26.09.2005

In Sachen

Sparbank Dortmund AG./ . ASK GmbH
Az. 13 O 1578/05

zeige ich die Vertretung der Beklagten an. Ich werde beantragen,
die Klage abzuweisen.

Begründung:

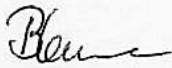
Die Beklagte betreibt einen Lebensmittelgroßhandel für Restaurantbetreiber.

Zu ihren Kunden zählt der Inhaber des Feinschmeckerrestaurants „Il pesce“, Herr Klaus Kondler, Hammersteinstraße 67, 44126 Dortmund. Im letzten Jahr ging das Restaurant des Herrn Kondler nicht sehr gut und er hatte unter herben Umsatzeinbußen zu leiden. Zunächst wurden ihm weiter Waren auf Kredit geliefert. Es zeichnete sich allerdings keine Besserung ab, so dass sich die Beklagte gezwungen sah, die Schulden des Herrn Kondler, die sich inzwischen auf 12.678,89 Euro beliefen, klageweise geltend zu machen zur Erlangung eines Titels. Herr Kondler erkannte im Prozess vor dem Landgericht Dortmund (Az. 7 O 2389/04) die Forderung an. Der Pfändungs - und Überweisungsbeschluss vom 11.03.2005 wurde der Klägerin am 22.03.2005 zugestellt. Daraufhin richtete die Klägerin das als Anlage 1 beigefügte Schreiben an die Beklagte und überwies am 31.03.2005 einen Betrag von insgesamt 10.678,89 Euro auf das Konto der Beklagten.

Die Klägerin kann den nicht durch Guthaben gedeckten Betrag in Höhe von 6.456,26 Euro nicht von der Beklagten zurückverlangen. Die Klägerin hat die Zahlung vorgenommen, um ihre Verbindlichkeit gegenüber Herrn Kondler zu erfüllen. Damit aber handelt es sich um eine Leistung der Klägerin an Herrn Kondler. Nur von diesem kann sie daher auch den Betrag zurückfordern. Die hier gegebene Grundkonstellation gleicht derjenigen der "Anweisungsfälle", wobei an die Stelle der Zahlungsanweisung des Kontoinhabers das Auszahlungsverlangen des Vollstreckungsgläubigers tritt, welches sich der Vollstreckungsschuldner wie eine von ihm selbst erteilte Anweisung zurechnen lassen muss.

Selbst wenn man dies anders beurteilen wollte und eine Direktkondition zuließe, scheitert der Anspruch, da die Klägerin mit rechtlichem Grund geleistet hat, was sich bereits aus dem Schreiben vom 25.03.2005 (Anlage 1), mit dem die Zahlungspflicht anerkannt wurde, ergibt. Es besteht daher auch ein Anspruch aus diesem Anerkenntnis.

Im Übrigen würde der Anspruch auch an § 814 BGB scheitern.



(Blankenheim)
Rechtsanwalt

Sparbank Privatkunden AG
Abt. Legal Collection

Postfach 16 01 10
44567 Dortmund

Telefon (0 23 1) 44 78 - 0
Telefax (0 23 1) 44 78 -
Internet: <http://www.sparbank.de>

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag
8.00 bis 20.00 Uhr

Anlage 1

Fa. ASK GmbH
Herrn Hans Bitter
Sonnenstrasse 3
44126 Dortmund

Kunden-Nummer: 20251000
- bitte immer vollständig angeben -
Sachbearbeiter: Herr Nünning

25.03.2005 RA 515 KD 10

Sparbank Girokonto KLAUS KONDLER

Kontonummer: 202510001

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 11.03.2005

Sehr geehrter Herr Bitter,

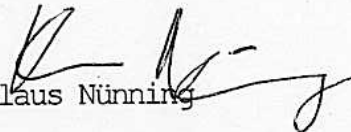
Sie haben mit Beschluss des Amtsgerichts Dortmund vom 11.3.2005 die Ansprüche aus der laufenden Kontokorrentverbindung gegen Herrn Klaus Kondler, Hammersteinstraße 67, 44126 Dortmund, pfänden und zur Einziehung überweisen lassen.

Gemäß § 840 ZPO teile ich Ihnen mit, dass wir die Forderung dem Grunde nach anerkennen und Zahlung zu leisten bereit sind, dass andere Personen zurzeit keine Ansprüche an die Forderung machen und dass die Forderung auch nicht vorgepfändet ist.

Wir werden Ihrem Einziehungsrecht Rechnung tragen und die entsprechende Überweisung in Kürze vornehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Sparbank Dortmund AG


Klaus Nünning

Öffentliche Sitzung der
13. Zivilkammer
des Landgerichts Dortmund

Dortmund, den 24.11.2005

Geschäftsnummer: 13 O 1578/05

Gegenwärtig :

Vorsitzender Richter am Landgericht Dr. Kleewer
als Einzelrichter

Auf die Hinzuziehung eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wurde verzichtet, vorläufig aufgezeichnet auf Tonträger gem. §§ 159, 160a ZPO.

In dem Rechtsstreit

Sparbank Hannover AG./ ASK GmbH

erschieden bei Aufruf:

1. für die Klägerin Rechtsanwalt Rosemann
2. für die Beklagte Rechtsanwalt Blankenberg.

Zunächst wurde die Güteverhandlung durchgeführt. Eine gütliche Einigung scheiterte.

Sodann wurde in die mündliche Verhandlung eingetreten.

Der Verfahrensbevollmächtigte der Klägerin nahm Bezug auf den Antrag aus der Klageschrift vom 09.09.2004.

Der Verfahrensbevollmächtigte der Beklagten beantragte Klageabweisung.

Die Sach- und Rechtslage wurde erörtert. Das Gericht erteilte sodann Hinweise zur Rechtslage, auf deren Protokollierung übereinstimmend verzichtet wurde.

B.u.v.:

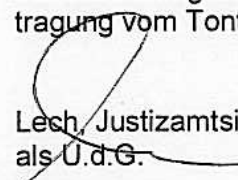
Termin zur Verkündung einer Entscheidung wird bestimmt auf

Montag, den 05.12.2005, 12:00 Uhr, Saal 2134.


Dr. Kleewer



Für die Richtigkeit der Übertragung vom Tonträger:


Lech, Justizamtsinspektor
als U.d.G.

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung des Gerichts ist vorzuschlagen. Zeitpunkt der Entscheidung ist der 05.12.2005.

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist.

Werden eine richterliche Aufklärung oder eine Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind.

Von einer Entscheidung über die Kosten, die vorläufige Vollstreckbarkeit und die Zulassung der Berufung ist abzusehen, soweit es sich dabei um Nebenentscheidungen handelt.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Die Klageschrift wurde der Beklagten am 21.09.2005 zugestellt.

Der Bearbeitung ist der zum Entscheidungszeitpunkt geltende Rechtszustand zugrunde zu legen. Übergangsvorschriften sind nicht zu prüfen.

Dem Vortrag liegt der Austauschvortrag zugrunde.

Jes Niedersächsischen Landesjustizprüfungsamtes

Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

I. Zulässigkeit der Klage

Die auf Zahlung von 6.456,26 € gerichtete Klage dürfte zulässig sein. Insbesondere dürfte das Landgericht Dortmund örtlich (§§ 12, 17 Abs. 1 ZPO) und sachlich (§ 71 Abs. 1, 23 Nr. 1 GVG) zuständig sein.

II. Begründetheit der Klage

Die Klage dürfte begründet sein.

1. Anspruch aus § 812 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 BGB

Die Klägerin hat einen Anspruch gegen die Beklagte auf Zahlung von 6.456,26 € aus § 812 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 BGB (Leistungskondiktion). Die Beklagte hat durch eine Leistung der Klägerin 6.456,26 Euro ohne Rechtsgrund erlangt.

Entgegen der Ansicht der Beklagten ist der Bereicherungsausgleich im Verhältnis zwischen der Klägerin und der Beklagten zu vollziehen, da es sich bei der Überweisung von 10.678,89 Euro um eine Leistung der Klägerin an die Beklagte handelte. Im Rahmen der Leistungskondiktion besteht ein Bereicherungsanspruch grundsätzlich nur innerhalb des Leistungsverhältnisses. Der Leistende kann sich zum Ausgleich einer ungerechtfertigten Vermögensverschiebung nur an den Leistungsempfänger, nicht aber an einen Dritten halten. Nach der Rechtsprechung des BGH richtet sich der Bereicherungsausgleich im Drei-Personen-Verhältnis danach, welchen Zweck die Beteiligten nach ihrem zum Ausdruck gekommenen Willen verfolgt haben (BGH NJW 2002, 2871; Palandt/Sprau, BGB, 64. Auflage, § 812 Rn 41). Zwar wird der Vollstreckungsgläubiger durch die Überweisung der Forderung zur Einziehung – anders als bei der Überweisung der Forderung an Zahlungs Statt, § 835 Abs. 2 ZPO – nicht zum Inhaber der Forderung; diese bleibt vielmehr im Vermögen des Vollstreckungsschuldners. Der Vollstreckungsgläubiger erhält aber ein eigenes Einziehungsrecht. Die Überweisung ermächtigt ihn zu allen im Recht des Schuldners begründeten, der Befriedigung dienenden Maßnahmen. Er darf deshalb im eigenen Namen die Forderung kündigen, einziehen, mit ihr aufrechnen und vor allem auf Leistung an sich klagen (BGH, NJW 1978, 1914). Der Vollstreckungsschuldner ist mit der Pfändung der Forderung nicht mehr berechtigter Zahlungsempfänger (§ 829 I ZPO). Zahlt der Drittschuldner dennoch an den Vollstreckungsschuldner, so ist diese Verfügung gem. §§ 135, 136 BGB gegenüber dem Vollstreckungsgläubiger unwirksam, so dass dieser nochmals Zahlung verlangen kann. Befreit von jedweder weiteren Zahlungspflicht wird der Drittschuldner deshalb allein durch Leistung an den jeweils berechtigten Pfändungsgläubiger. Bei dieser Interessenlage kann aber nicht angenommen werden, dass der Drittschuldner mit der Zahlung an einen Vollstreckungsgläubiger lediglich den Zweck verfolgt, seine Verbindlichkeit gegenüber dem Vollstreckungsschuldner zu erfüllen. Er erstrebt vielmehr mit der Zahlung auch - wenn nicht in erster Linie - den Zweck, das jeweilige Einziehungsrecht des Vollstreckungsgläubigers zum Erlöschen zu bringen (BGH NJW 2002, 2871; zitiert bei Palandt/Sprau, a.a.O., § 812 Rn 67; Thomas-Putzo, ZPO, 26. Auflage, § 836 Rn 7; anders noch Thomas-Putzo, ZPO, 24. Auflage). Der Vergleich mit der Fallkonstellation der Zahlungsanweisung geht daher ins Leere. Der Pfändungs- und Überweisungsbeschluss zugunsten eines Vollstreckungsgläubigers ergeht gerade ohne Zutun des Vollstreckungsschuldners.

Die Leistung an die Beklagte erfolgte auch ohne Rechtsgrund. Die Pfändung bezog sich nach dem Wortlaut des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses lediglich auf die Zahlung des gegenwärtigen Überschusses und aller künftigen Überschüsse (Guthaben) aus der in laufender Rechnung (Kontokorrent) bestehenden Geschäftsverbindung. Das Konto wies ein Guthaben von lediglich 4.222,63 Euro auf, wurde jedoch irrtümlich mit einem Betrag von 10.678,89 Euro belastet. In Höhe von 6.456,26 Euro bestand in Ermangelung einer Forderung des Vollstreckungsschuldners gegen die Klägerin als Drittschuldnerin kein Einziehungsrecht der Beklagten als Vollstreckungsgläubigerin und somit keine Rechtsgrundlage für die Leistung der Klägerin an die Beklagte.

Ein Rechtsgrund liegt ferner nicht in dem Schreiben der Klägerin vom 25.03.2005. Dabei handelt es sich um eine Drittschuldnererklärung im Sinne des § 840 Abs. 1 ZPO. Diese stellt kein konstitutives oder deklaratorisches Schuldanerkenntnis dar, sondern vielmehr eine so genannte Wissenserklärung, die sich in der tatsächlichen Auskunft erschöpft (Thomas-Putzo, a.a.O., § 840 RN 11).

Der Bereicherungsausgleich ist nicht durch § 814 BGB ausgeschlossen, da die Klägerin keine positive Kenntnis davon hatte, dass sie zur Leistung nicht verpflichtet war. Erforderlich für den Kondiktionsausschluss gem. § 814 BGB ist die positive Kenntnis des Leistenden, dass er nach der Rechtslage nichts schuldet. Die Kenntnis der Tatsachen, aus denen sich das Fehlen einer rechtlichen Verpflichtung ergibt, ist nicht ausreichend; auch „Kennen müssen“ reicht selbst dann nicht aus, wenn die Unkenntnis auf grober Fahrlässigkeit beruht (Palandt/Sprau, BGB, 64. Auflage, § 814 RN 3). Hier hat die Klägerin aufgrund eines betriebsinternen Missverständnisses rechtsirrig den Schluss gezogen, dass sich die Forderung des Vollstreckungsschuldners auf 10.678,89 Euro belaufe; § 814 BGB ist somit nicht einschlägig.

2. Der Zinsanspruch ergibt sich aus §§ 291, 288 Abs.2 BGB.

Entscheidungsvorschlag

Nach der hier vertretenen Ansicht dürfte der Klage in Höhe von 6.456,26 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 21.09.2005 stattzugeben sein.